

(Für)Sorge – Die „Ostjudenfrage“ in der deutsch-jüdischen Presse

Julia Schneider

„Gefühlsfremde Zufallsdeutsche“ oder „Opfer“ eines „losgelassenen Differenzaktes“?

Zwei Pressezitate aus dem Jahr 1921 skizzieren jeweils jüdisch-deutsche Sichtweisen auf die ankommenden Juden aus Osteuropa, beide könnten unterschiedlicher nicht sein.

In dem einen werden osteuropäische Vertriebene und Geflüchtete in Ablehnung und Abgrenzung als „gefühlsfremde Zufallsdeutsche“¹ bezeichnet. In dem anderen als „Opfer“ eines „losgelassenen Differenzaktes“², denen nach antisemitischer Verfolgung im eigenen Land auch von jüdischer Seite in Deutschland Ablehnung und Abschiebung drohten oder denen gar nicht erst der Grenzübertritt gewährt wurde. Voreilig könnte man annehmen, dass die deutschen Juden ihren Glaubensbrüdern und -schwestern aus dem Osten solidarische Stütze und Hilfe gewesen sein müssten, doch ebenso wenig homogen wie die Gruppe der in Deutschland lebenden Juden war, so wenig einheitlich waren auch die Stimmungen, Meinungen und Stellungnahmen, die gegenüber den Geflüchteten anklagen.

Am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert stellte die Gruppe der Juden in Deutschland nur etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung.³ Zuzug entwickelte sich jedoch verstärkt seit den 1880er Jahren, in steigender Zahl nach dem Ende

1 Naumann, Max: Der nationaldeutsche Jude in der deutschen Umwelt. Beiträge zur Klärung der deutschen Judenfrage. Zweites Sonderheft: Vom Zionisten und Jüdischnationalen, Berlin 1921, S. 48.

2 Zweig, Arnold: Schweigen, in: Freie Zionistische Blätter (1921/1), Heidelberg 1921, S. 61.

3 Vgl. Volkov, Shulamit: Jüdische Assimilation und Eigenart im Kaiserreich, in: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, hrsg. v. Shulamit Volkov, München 1990, S. 131-145; 144.

des Ersten Weltkriegs, aus den Gebieten Osteuropas.⁴ Finanzielle wie wirtschaftliche Misere, Hunger, mangelnde Zukunftsperspektiven und letztlich Verfolgung, politische, rechtliche sowie soziale Benachteiligung und wiederkehrende antisemitische Pogrome wurden zu Motoren der Auswanderungs- und Fluchtbewegungen, die die osteuropäischen Juden in das Deutsche Kaiserreich und in die Weimarer Republik führten.⁵

Der jüdische Emanzipationsprozess des 19. Jahrhunderts war Hand in Hand mit Assimilations- und Akkulturationsbestrebungen des deutschen Judentums gegangen. Das Durchsetzen der deutschen Sprache gegenüber dem Jiddischen in Schule und Privatleben, religiöse Reformbestrebungen, das Anpassen ihrer Kleidung an die gängige Mode sowie das Zurückstellen von Speisegeboten, Sabbataruhe und jüdischen Feiertagen zugunsten der Integration in das gesellschaftliche Leben einer deutschen Mehrheitsgesellschaft skizzierten die Lebensweise der deutschen Juden bis in die Weimarer Republik hinein.⁶

Ausgehend von den Bemühungen, sich als Jude an die nichtjüdische Lebenswelt anzupassen, fürchteten große Teile der in Deutschland lebenden Juden, die aus Osteuropa kommenden Exilanten könnten eine Zäsur für die Errungenschaften ihrer Emanzipation darstellen und zum Katalysator für den aufflammenden Antisemitismus werden, wie die israelische Historikerin Shulamit Volkov resümiert: „Daß der Zustrom von Ostjuden nach Deutschland zum Wiederaufleben des deutschen Antisemitismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts beitrug, galt seinerzeit als gesichert.“⁷

Früchte trugen diese Sorgen bis in die frühen Jahre der Weimarer Republik hinein und waren Bestandteil eines vielschichtigen Meinungsbildes gegenüber osteuropäischen Juden, das von der Postulierung einer ideellen übernationalen jüdischen „Einheitsfront“, über tendenziell solidarisierende, aber dennoch distanzierte Positionen bis hin zu einer starken Grenzziehung zwischen den sogenannten Westjuden und den Geflüchteten reichte.

Diese innerjüdischen Positionen fanden ihre Entsprechung in der deutsch-jüdischen Presselandschaft der Weimarer Republik. Die Zugehörigkeit oder Nähe zu religiösen Strömungen innerhalb des Judentums waren hierbei prägend für die Ausrichtung der Zeitungen und Zeitschriften und somit auch für die Sicht deut-

4 Ludger Heid spricht von einem Anstieg der ostjüdischen Bevölkerung von 15.000 im Jahr 1880 auf 85.000 im Jahr 1925 bei einer relativen Stabilität der Anzahl der gesamtjüdischen Bevölkerung. Vgl.: Heid, Luger: Ostjüdische Kultur im Deutschland der Weimarer Republik, in: Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland (Studien zur Geistesgeschichte 11), hrsg. v. Julius Schoeps, Bonn 1989, S. 329-355; 331.

5 Siehe hierzu den Artikel von Malte Rehren in diesem Band.

6 Vgl. Volkov: Jüdische Assimilation, S. 137f.

7 Volkov, Shulamit: Die Dynamik der Dissimilation: Deutsche Juden und die ostjüdischen Einwanderer, in: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, hrsg. v. Shulamit Volkov, München 1990, S. 166-180; 171.

scher Juden auf die sogenannten Ostjuden und ihrer Bezeichnung als „gefühlts-fremde Zufallsdeutsche“⁸ oder „Opfer“ eines „losgelassenen Differenzaktes“⁹.

Reformorientiert, zionistisch und orthodox – die deutsch-jüdische Presselandschaft der Weimarer Republik

Als Konstitutionselement einer jüdischen Öffentlichkeit wirkte die jüdische Presse einerseits nach innen und diente als „Forum innerjüdische[n] Informations- und Meinungsaustausches“¹⁰ und andererseits der Vertretung partikularer Meinungen und Interessen nach außen.

Seit den 1860er Jahren ist eine Auffächerung des jüdischen Pressespektrums zum Beispiel in einzelne Regionen oder für spezifische Berufsgruppen zu beobachten. Hinzu traten ab der Jahrhundertwende durch Vereins- und Organisationsgründungen deren Mitteilungsblätter und Zeitschriften sowie die Herausgabe von Gemeindeblättern und die Etablierung einer Fachpresse.¹¹ Für die Zeit um 1930/33 wird in der Forschung von 100 bis 130 existierenden jüdischen Presseerzeugnissen gesprochen.¹²

Zur Erschließung der Positionen innerhalb des deutschen Judentums sollen für einzelne Teilgruppen repräsentative, regelmäßig erscheinende Zeitungen genutzt werden, die durch anschauliche Einzelfunde ergänzt werden.

Die reformjüdische *Central-Verein-Zeitung*, hervorgegangen aus der bereits 1837 gegründeten *Allgemeinen Zeitung des Judentums*,¹³ bietet sich aufgrund ihrer Auflage und Verbreitung an und repräsentiert zudem die assimilierten und akkulturierten deutschen Juden. Von ihrem ersten Erscheinen 1922 an wurde die *Central-Verein-Zeitung* die auflagenstärkste jüdische Wochenzeitung im deutschsprachigen Raum. Für die Mitte der 1920er Jahre kann man von einer Auflage von 60.000 bis 73.000 ausgehen, die zwar innerhalb der folgenden zehn Jahre auf etwa 40.000 im Jahr 1935 absank, aber nicht an Relevanz für das deutsch-jüdische Pressespektrum verlor.¹⁴ Sie stellte zudem das offizielle Presseorgan des Central-Ver-

8 Naumann: Der nationaldeutsche Jude, S. 48.

9 Zweig: Schweigen, S. 61.

10 Lässig, Simone: Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert (Bürgertum Neue Folge. Studien zur Zivilgesellschaft, Bd. 1), Göttingen 2004, S. 468.

11 Vgl. Maurer, Trude: Die Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland (1780-1933). Neuere Forschungen und offene Fragen (Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 4. Sonderheft), Tübingen 1992, S. 53 und Lewy, Hermann: Die jüdische Presse in Deutschland, in: Handbuch der Publizistik. Praktische Publizistik 3/2, hrsg. v. Emil Dovifat, Berlin 1969, S. 508-513; 508.

12 Vgl. Maurer: Entwicklung der jüdischen Minderheit, S. 53.

13 Vgl. Edelheim-Muehsam, Margaret: The Jewish Press in Germany, in: LBI-Yearbook 1, London 1956, S. 163-176, S. 166.

14 Vgl. ebd., S. 172f.

eins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) dar. Dieser war 1893 mit dem Hauptziel gegründet worden, als Abwehrverein gegen den erstarkenden Antisemitismus zu wirken, verstand sich in der Folgezeit jedoch zunehmend als Organisation zur Ausformung eines spezifisch deutschen Selbstverständnisses der Juden sowie einer uneingeschränkten Emanzipation und Teilhabe der Juden in Deutschland.¹⁵ Dieses Selbstverständnis, jüdischen Glaubens und deutscher Nationalität zu sein, trug der Central-Verein nicht nur in seinem Vereinsnamen, sondern es wird auch in der Zusatzbetitelung der Wochen- und Monatsausgabe der *Central-Verein-Zeitung* deutlich: Blätter für Deutschland und Judentum.¹⁶

Die *Jüdische Rundschau*, 1895 als *Israelitische Rundschau* gegründet, fungierte als das am stärksten verbreitete Mitteilungsorgan der zionistischen Bewegung in Deutschland. Obwohl die Wochenzeitung mit 10.000 bis 15.000 Exemplaren Auflage deutlich hinter der *Central-Verein-Zeitung* zurückblieb, gehörte sie zu einer der auflagenstärksten deutschsprachigen Zeitungen und wuchs bis 1935 auf 37.000 Exemplare pro Auflage an.¹⁷ Unmittelbar mit dem zionistischen Hauptziel, einen jüdischen Staat in Palästina aufzubauen, waren die Grundidee der gemeinsamen Auswanderung und die Vorstellung einer übernationalen jüdischen Solidarität verknüpft.¹⁸

Jenseits der reformjüdischen Gemeinden in Deutschland blieb ein Teil der deutschen Juden stärker der traditionellen Glaubenslehre verhaftet. Um der Orthodoxie ebenfalls eine Stimme zu verleihen, komplettiert die seit 1860 existierende Wochenzeitung *Der Israelit* die Auswahl an repräsentativen Presseorganen.¹⁹ Die Auflage von 4.050 Exemplaren pro Ausgabe im Jahr 1935²⁰ unterstreicht das ungleiche Verhältnis von Reformjudentum und Orthodoxie unter den deutschen Juden. *Der Israelit* zeichnet dennoch in geeigneter Weise die Sicht der traditionellen lebenden Juden auf die osteuropäischen Flüchtlinge nach, die ihren Glaubens-

15 Vgl. Maurer: *Entwicklung der jüdischen Minderheit*, S. 113.

16 Vgl. ebd. und Suchy, Barbara: *Die jüdische Presse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, in: *Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland* (Studien zur Geistesgeschichte 11), hrsg. v. Julius Schoeps, Bonn 1989, S. 167-191; 182.

17 Vgl. Edelheim-Muehsam: *Jewish Press*, S. 172f.

18 Die zionistische Ausrichtung der Zeitung wird für Gabriel Eikenberg auch in der Schwerpunktsetzung ihrer Artikel ersichtlich, indem sie „Fragen der zionistischen Erziehungsarbeit und dem zeitgenössischen Geschehen in Palästina weit mehr Aufmerksamkeit [schenkte] als der innenpolitischen Lage in Deutschland [...]“¹⁶ Der Zusatz, dass dies „einschließlich der antisemitischen Bedrohung“ geschehe, kann nicht flächendeckend nachvollzogen werden, wenn man beispielsweise die Berichterstattung zum „Scheunenviertelpogrom“ heranzieht, wie sie im Folgenden skizziert werden soll. Vgl. Eikenberg, Gabriel: *Der Mythos deutscher Kultur im Spiegel jüdischer Presse in Deutschland und Österreich von 1918-1838*, S. 52.

19 Barbara Suchy unterstützt die Auswahl dieser Zeitung, indem sie festhält: „Die Orthodoxie schuf sich in ihrem Kampf früh ihre eigenen Blätter. Am wichtigsten und langlebigsten war ‚Der Israelit‘.“ Suchy: *Die jüdische Presse*, S. 174.

20 Vgl. Edelheim-Muehsam: *Jewish Press*, S. 175.

genossen im Osten in Glaubenslehre und Lebensweise oftmals näherstanden als der Rest der jüdischen Bevölkerung Deutschlands.

Abseits der (mehrmals) wöchentlich erscheinenden Zeitungen wurden Zeitschriften herausgegeben, die „zu einer Relativierung, bisweilen auch Aufhebung der Kluft“²¹ zwischen deutschen und osteuropäischen Juden führen sollten. Ein einschlägiges Beispiel stellt das Kulturmagazin *Ost und West. Illustrierte Monatsschrift für Modernes Judentum* dar, das von 1901 bis 1923 monatlich erschien.²² Die programmatischen Einleitungsworte der ersten Ausgabe zeugen von einer beabsichtigten Zusammenführung der jüdischen Lebenswelten durch die Betonung des Gemeinsamen und einem übernationalen Zusammenstehen westlich und östlich sozialisierter Juden:

*„Es ist unabweislich notwendig, die allzu locker gewordenen Bande des Judentums aufs neue zu festigen, die früheren Werkzeuge jüdischer Solidarität wieder hervorzu-suchen, und, so sie stumpf oder unansehnlich geworden sind, durch bessere und schönere zu ersetzen. Daher halten wir es für eine der grössten und vornehmsten Aufgaben, die ein jüdisches Organ sich stellen kann, Ost und West - nicht nur die geographisch, sondern auch die kulturell auf verschiedenem Boden stehenden Elemente des Judentums einander wieder näher zu bringen durch Hervorhebung alles dessen, was uns eint oder einen kann, durch den Hinweis auf die gemeinsame Vergangenheit und besonders durch den Hinweis auf die heutigen Bestrebungen und Leistungen der Juden, in denen sich, bei aller Verschiedenheit doch die gleichen ererbten Eigenschaften äußern.“*²³

Selbst im Kleinen zeugen Zufallsfunde davon, dass versucht wurde, den ablehnenden Tendenzen durch Kulturtransfer und Verständigung Einhalt zu gebieten. Die *Jüdische Turn- und Sportzeitung* veröffentlichte im Januar 1920 ihr sogenanntes

- 21 Hödl, Klaus: Kultur und Gedächtnis (Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte 1), Paderborn 2012, S. 113.
- 22 Andreas Herzog resümiert: „[D]ie 1901 gegründete Monatsschrift Ost und West [wurde] zu einem wichtigen Organ, das die deutschsprachigen Juden Mitteleuropas mit der Geschichte, den Sprachen und der Lebensweise des osteuropäischen Judentums vertraut machte.“ Herzog, Andreas: Zum Bild des „Ostjudentums“ in der „westjüdischen“ Publizistik der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, in: Mitteilungen und Beiträge der Forschungsstelle Judentum, hrsg. v. Forschungsstelle Judentum. Theologische Fakultät Leipzig, Leipzig 1998, S. 26-49; 27. David Brenner formuliert darüber hinaus die religionserneuenden und identitätsstiftenden Impulse, die das Magazin versammelte: „As a means of correcting these negative images of Eastern Jews, ‚Ost und West‘ attempted to legitimize public expressions of Jewishness in the West. In this sense, the journal sought to ‚reeducate‘ Jews in Germany.“ Brenner, David: Marketing Identities. The Invention of Jewish Ethnicity in ‚Ost und West‘, Detroit 1998, S. 16.
- 23 Ost und West, in: Ost und West. Illustrierte Monatsschrift für Modernes Judentum (1901/1), S. 3f.

Ostjuden-Sonderheft und umriss in ihren einleitenden Worten die zionistische Perspektive auf die „Ehe zwischen Ost und West“²⁴:

„Deutschlands Annäherung an die ostjüdischen Länder, ein Prozess, der von revolutionärer Bedeutung für das deutsche Judentum sein wird [...] [D]ie Berührung zwischen Ost und West wird inniger und damit die Möglichkeit für alle die, die bennusst die Einheit des Volkes erstreben, zur Ueberbrückung der unleugharen Verschiedenheiten beizutragen.“²⁵ Verbunden werden die Aussagen in der Folge des Heftes mit Aufrufen zur Flüchtlingsunterstützung: „Ostjudenarbeit ist jüdische Volksarbeit!“²⁶

Dieser Beitrag kann es nicht leisten, ein lückenloses Meinungsbild des in Deutschland lebenden Judentums zu zeichnen. Dies kann schon aus dem Grund nicht geschehen, da die deutsch-jüdische Presse nur Teile der jüdischen Bevölkerung repräsentierte und jene unberücksichtigt ließ, die die nichtjüdische Presse rezipierten. Dennoch lohnt sich die Betrachtung der deutsch-jüdischen Presse, da anhand ihrer Stimmungen, Tendenzen und Meinungen entscheidender Teilgruppen innerhalb des Judentums zur sogenannten Ostjudenfrage skizziert werden können, wie sie in der nichtjüdischen Presse gar nicht erst in Erscheinung traten. Zur näheren Beleuchtung derselben bietet sich die Orientierung an bestimmten Ereignissen an: Über die Presserezeption der Pogrome in Osteuropa soll der Bogen zur Berichterstattung zum sogenannten Scheunenviertelpogrom Anfang November 1923 geschlagen werden und zuletzt verschiedene Sichtweisen auf Zuwanderungspolitik und Ausweisungspraxis dargestellt werden.

„Antisemitische Exzesse“ und „Judenmetzeleien“ - Pogrome in Osteuropa

Da die Pogrome in den östlichen Staaten Europas eine der Hauptursachen für Auswanderung und Flucht über oder nach Deutschland darstellten, lohnt sich eine Untersuchung der Darstellung und Rezeption der antisemitischen Ausschreitungen in der deutsch-jüdischen Presse.

24 Preuss, Walter: Ost- und Westjuden, in: Jüdische Turn- und Sportzeitung. Ostjuden-Sonderheft (1920/1), Berlin 1920, S. 7.

25 Ebd., S. 5.

26 Lin, Josef: Aus den anderen Organisationen. Verband der Ostjuden in Deutschland, in: Jüdische Turn- und Sportzeitung. Ostjuden-Sonderheft (1920/1), Berlin 1920, S. 23.

In der sehr kurzlebigen Zeitschrift *Freie Zionistische Blätter*, die in nur vier Ausgaben von Januar bis August 1921 in Heidelberg erschien²⁷, äußerte sich der Schriftsteller und Publizist Arnold Zweig in seinem politischen Essay *Schweigen* deutlich zu den Zuständen in Osteuropa:

„[...] Hinter dem Vorhang, der östlich der Weichsel gelegenes Land verbängt, mordet man, mordet man das jüdische Volk. Gemordet werden Juden von östlichen Soldaten. Ihre Kokarden unterscheiden sich nach Sprachen, ihr losgelassenes, viehisches Gemüt verbündet sie. In Wilna, in Polen, in Weißrußland wird gemordet; auch der Madjar mordet, dem Tschechen zuckt's in den Fingern; aber am entfesseltesten wirft sich der Kleinrusse auf die Wehrlosen. Von 136 000 Ermordeten sprachen die Delegierten einer Welthilfskonferenz [...], welche nur den Ueberlebenden Hilfe wird bringen dürfen, wenn die Häuptlinge der Mordbanden nichts dagegen einwenden sollten [...]. Den Flüchtlingen, vor denen man die Grenzen sperrt. Den Vertriebenen, die von Ort zu Ort gesandt werden und deren Zug ständig aus bedrohten Gegenden sich vergrößert.“²⁸

Zweig beschrieb nicht nur in plakativer Weise die exzessiven Gewaltakte gegen Juden, sondern unterstrich zudem das in seinen Augen zu verurteilende Verhalten angrenzender Staaten, die mit dem Grenzschluss das Elend der Juden in ihren Heimatländern noch potenzierten und den östlichen „Mördern“ in die Hände spielen würden. Seine Eindrücke resultierten aus seiner Tätigkeit in der letzten Phase des Ersten Weltkriegs: Als Mitarbeiter der Presseabteilung des Oberbefehlshabers Ost beobachtete Zweig die aufflammende Pogromstimmung in Osteuropa.²⁹ Sein Artikel kritisierte neben den Tätern vor Ort auch das „Schweigen“ der Presse in Deutschland:

„Wir wissen auch, daß zu dieser Ungeheuerlichkeit die große Presse mit niederschmetternder Frechheit schweigt. [...] Man kneift vor der Deutschen Zeitung oder

27 Die Jüdische Rundschau berichtet in einer kurzen Zeitungsnotiz von dem Erscheinen der Zeitschrift und charakterisiert die Freien Zionistischen Blätter folgendermaßen: „Die Zeitschrift, [...] die in zwanglosen Heften erscheinen wird, ist eine Tribüne zur Erörterung aktueller Fragen der jüdischen, vornehmlich der zionistischen Politik. Sie wird sich nicht mit theoretischen Problemen und Ideologien befassen, vielmehr auf Aktualität eingestellt sein. [...] [S]ie vertritt den Standpunkt des radikalen Zionismus. [...]“ Literarische Mitteilungen. „Freie Zionistische Blätter“, in: Jüdische Rundschau vom 14.1.1921.

28 Zweig: *Schweigen*, S. 56f.

29 Vgl. zum vielfältigen publizistischen Engagement Zweigs: Bernhard, Julius/Schlör, Joachim (Hrsg.): *Deutscher, Jude, Europäer im 20. Jahrhundert: Arnold Zweig und das Judentum*, Berlin u.a. 2004.



Arnold Zweig, 1955, Foto: Heinz Funck,
BArch Bild 183-28224-0009

dem München-Augsburger Abendstimmes³⁰; kneift prinzipiell und stopft sich liberales Ohropax vors Trommelfell. [...] Man unterdrückt jede, rein menschlich gebotene Parteinahme für die Opfer des losgelassenen Differenzaffekts, die man sich, wären es Türken, Sudanesen oder Inder, niemals verkniffe, weil es Juden sind. Juden im Quadrat: Ostjuden. Dies das eine. Und das andere: beim geliebten Leser ist die Existenz von Ostjuden, von öffentlich dickgedruckten Juden überhaupt, jetzt wieder wie vor dem Kriege, unbeliebt. [...] Und aus der Diktatur des Lesers heraus erwächst des Schweigens Blume Wunderhold.³¹

30 Gemeint ist die München-Augsburger Abendzeitung, die seit 1920 zum Medienkonzern von Alfred Hugenberg gehörte und – wie auch die Deutsche Zeitung – alldutsche und deutschnationale Positionen bezog. Die Verballhornung des Titels verweist auf Hugo Stinnes, Großindustrieller und Reichstagsmitglied, der als DVP-Politiker den deutschnationalen Ideen nahestand und bis zu seinem Tod 1924 erheblichen Einfluss auf die Weimarer Presselandschaft ausübte.

31 Zweig: Schweigen, S. 58; 60f.

Im selben Jahr äußerte sich Max Naumann, Gründer und Vorsitzende des antizionistischen und nationalistischen Verbands nationaldeutscher Juden,³² im zweiten von zwei Sonderheften *Der nationaldeutsche Jude in der deutschen Umwelt. Beiträge zur Klärung der deutschen Judenfrage. Zweites Sonderheft: Vom Zionisten und Jüdischnationalen* ebenfalls über die Pogrome in Osteuropa:

„Blicken wir in die Länder des Ostens, wo Juden besonderer Art [...] noch heute in ghettoähnlichem Zusammenschluß leben. Müssen wir nicht, wenn wir den Dingen auf den Grund gehen, uns klar machen, daß die entsetzlichen Geschehnisse, deren Kunde von Zeit zu Zeit zu uns dringt und alle Herzen empört, in letzter Linie hervorgerufen sind gerade durch diesen Zusammenschluß einer fremdartigen Minderheit, die ihre Eigenheit in einer von der Umwelt als verletzend empfundenen Form zur Schau trägt? [...] daß täglich und stündlich empfunden wurde: in unserer Mitte sitzt ein Häuflein von Menschen, die anders sind und anders sein wollen als wir, die ihre Fremdheit von Generation zu Generation fortzüchten, die im Herzen gegen uns Abneigung und Verachtung tragen.“³³

Naumann propagierte in seiner Schrift eine klare Grenzziehung zwischen deutschen und osteuropäischen Juden. Letzteren wurde durch Naumann jede Assimilationsfähigkeit, ja überhaupt der Wille zu Anpassung und Integration abgesprochen, sodass nach wenig glaubhafter Äußerung von Mitgefühl und Empörung die osteuropäischen Juden für die an ihnen verübten Pogrome selbst verantwortlich gemacht wurden. Im Weiteren griff der Autor die eingangs erwähnte Besorgnis auf, die ostjüdischen Geflüchteten trügen zur Potenzierung des Antisemitismus in Deutschland bei:

„Und darin liegt ein Gefährpunkt auch für uns deutsche Juden [...]. Ist einmal der Funke in das Pulverfaß gefallen, ist einmal die fanatisierte Menge im Begriff, gegen Juden Gewaltsamkeiten zu begehen, wird sie bald nicht mehr unterscheiden können, wer zu ihren eigentlichen Gegnern, den verhassten Fremdkörpern im Leibe der Nation gehört.“³⁴

32 Der Verband nahm nach seiner Gründung 1921 zu keiner Zeit, alleine durch die recht geringe Mitgliederzahl von etwa 3.500, eine tragende Rolle im jüdischen Vereinsleben der Weimarer Republik ein. Matthias Hambrock merkt jedoch an, wie stark die nationaldeutschen Juden durch ihre „rege publizistische Betriebsamkeit“ provozierten und polarisierten. Vgl. Hambrock, Matthias: Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921-1935, Köln 2003, S. 1f.

33 Naumann: *Der nationaldeutsche Jude*, S. 35.

34 Ebd., S. 36.

2

**Der
nationaldeutsche Jude
in der
deutschen Umwelt**

*Beiträge zur Klärung der
deutschen Judenfrage*

Von
Max Naumann

Zweites Sonderheft :

***Von Zionisten und
Jüdischnationalen***



**Deutsche Verlagsgesellschaft
für Politik und Geschichte m.b.H.
B E R L I N**

Titelblatt von Max Naumanns Band
„Von Zionisten und Jüdischnationalen“, 1921

Der Israelit

Ein Centralorgan für das orthodoxe Judentum
Begründet von Dr. Lehmann in Mainz

62. Jahrgang.

Frankfurt a. M., den

16. Juni 1921
10. Siwan 5681



Nr. 24

Abonnement des Vierteljahr: Deutschland bei den Postämtern sowie bei direct. Bezahlung u. Rechnungsbetrag. Durchs. Betrag Mk. 7.50 viertelj. f. Belgien u. Auslandsame (in. direct) Mk. 8.50 vierteljährl. Teilsch. Österreich Mk. 60.— vierteljährl.; Tschechoslowakei Mk. 12.— Ungarn Mk. 50.— vierteljährl. Polen (nur in deutscher Reichsm.) Mk. 10 vierteljährl. Rumänien 10 bei. Polens Mk. 1. Schweiz. Mk. 6. Schweiz 16. 1.50, Frankreich Belgien (fr. 2.50), England 1 sh. 6 p., Amerika 6.50 Doll. vierteljährl. Postnummer 60 719. Durch den Buchhandel wie beim Verlag.

Der Israelit erscheint jeden **Donnerstag**
Anzeige: Nr. 2.— für die hochgeheilten Anzeigenzettel einbl. Zuerstausgabe: Ausland-Inf. Nr. 1.— pro Seite 1/2 ab. nach Tarif. Bei laufenden Anzeigenunterst. tarifm. Wiederholung jeber. h. 1/2. Anzeigenannahme durch den Verlag des Israelit (b. m. h. d. Hauptstadt N. der Judenheimstr. 13 Tel. 5842. Am. Postamt. sowie sämtl. Remittenz-Exp. des Ost- und Ausland). Klagevorchriften ohne Verbindlichkeit.

Abonnements ander direct an den Verlag — Postfachkonto
Frankfurt a. M. No. 19 802 — erlösen an:
Postparafasse Wien No. 79 605
Postparafasse Budapest No. 18 424
Postfachamt Zürich Nr. 111 2851
Postfachamt Amsterdam No. 24 869
Böhmische Unionbank in Prag
Banca Hermanowich Blank & Co. in Bucarest
Billets des Wiener Bankvereins in Kgram.

Der Nachdruck der Artikel und Correspondenzen des „Israelit“ ist nur unter genauer Quellenangabe, und, soweit es sich um größere Aufsätze handelt, nur nach vorheriger Genehmigung gestattet.

A U F R U F!

Von dem Boden der Ukraine schreit das Blut unserer Brüder zu uns auf!
Nach einem Jahr quälender Ungewißheit dringt die Schreckensklunde eines grauenvollen Würgens und Vernichtens zu uns. Blutstropfen, die langsam und schauerlich durch die Wände fließen, künden von einem Morden, vor dem alle Feindschaften des Mittelalters verblasen müssen. Das ganze Land ein Leichfeld — durchheult von dem Lachen entmenschter Kriegerhorben, deren Weg über zerstörte Städte und verbrannte Dörfer führt. Weit über hunderttausend Menschen sind in diesem Blutbade zugrunde gegangen, Hunderttausende ihrer ganzen Habe beraubt und aus ihrer Heimat vertrieben; alles Leid aber wird von weinenden Kinderstimmen überdönt, denn Hunderttausende von Waisen flüchten heimatlos und ohne Nahrung in vernichteten Dörfern und öden Wäldern ein unglückseliges Dasein, das sie unfähig zum Unterfang entgegenführt.
Wer möchte es wagen noch länger tatenlos zu weinen ob eines Unglücks, wie es nur je Prophetenmund weisfliegend vorausgesagt. Mitschuldig würden wir an dem völligen Unterfang eines einst blühenden Volkes, ermannen wir uns nicht in letzter Stunde zu machtvoller Tat.
So helfet, rettet, Brüder, Schwestern!
Spendet den Opfern der Ukraine! Neiget Euch liebevoll zu den verlassenen, hungernden, weinenden Kindern — den Hoffnungen gemordeter Eltern!
Erhebt Euch zu einem Werk der Hilfe, würdig der Größe dieses furchtbaren Menschenleides!
Die Bruderliebe, diese heilige Flamme, die in der leidvollen Geschichte des Judentums noch nimmer erloschen, laßet sie auch den Juden der Ukraine leuchten!
Halberstadt, im Juni 1921.

Kriegswaisenfonds der Agudas Jisroel.

Gefl. Spenden beliebe man der Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Berlin, für Kriegswaisenfonds (Ukraine-Hilfe) Postfachkonto Berlin 1250 zu überweisen.

Großformatiger Spendenaufwurf für ukrainische Pogromopfer, in Der Israelit vom 16.6.1921

Geschlossen wurde mit einer deutlichen Absage an alle solidarisierenden jüdischen Kräfte:

„Wir bilden uns nicht ein, gleichzeitig im ‚Deutschtum wurzeln‘ und mit gefühl-fremden Zufallsdeutschen eine ‚Einheitsfront des Judentums‘ bilden zu können. [...] wir nationaldeutschen Juden kennen keine jüdische, wir kennen nur eine deutsche Einheitsfront.“³⁵

Diese beiden Stellungnahmen zu den Pogromen in Osteuropa bilden die beiden Pole, anhand derer sich das Spektrum jüdisch-deutscher Pressestimmen in den frühen Zwanziger Jahren aufzeigen lässt. Entgegenhalten muss man Zweigs pessimistischer Sicht auf die Berichterstattung, dass die jüdische Presse in Deutschland die antisemitischen Gewaltexzesse in Osteuropa durchaus bedachte und regelmäßig über die Vorgänge berichtete, auch wenn es sich zumeist um kurze Zeitungsnotizen handelte. Bemerkenswert ist – gerade im Vergleich mit der nichtjüdischen Presse – die Kontinuität der Berichterstattung an sich sowie die gewählte Sprache zur Bezeichnung der Geschehnisse im Osten. In der *Central-Verein-Zeitung* beispielsweise konnte man im Juli 1922 von „antisemitischen Exzessen“ lesen und in *Der Israelit* wurden im Mai 1921 die Pogrome in der Ukraine als „Judenmetzeleien“³⁷ und „Martyrium der ukrainischen Juden“³⁸ betitelt. Auch die eindeutige Bezeichnung als „Pogrom“³⁹ konnte man beispielsweise der *Jüdischen Rundschau* bereits im Januar 1919 entnehmen. Je nach Zeitung wurden darüber hinaus unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Färbungen sichtbar. Während beispielsweise die *Jüdische Rundschau* aufgrund ihrer zionistischen Programmatik tendenziell stärker politisierte, setzte *Der Israelit* auf hochemotionale Artikel über die Bevölkerung und appellierte mit eindringlichen Hilfeaufforderungen an die Wohltätigkeit:

„Was da berichtet, gezählt, geschildert wird, das ist nur ein ferner, schwacher Widerklang von Menschenleiden, von denen sich ein in Kulturbahnen wandelnder Mensch gar kein Bild zu machen im Stande ist. [...] Keine Minute des Tages, an dem nicht der Massenchor des Jammers an unser Ohr dringt: Rettet! Warum hören wir ihn nicht?“⁴⁰

35 Ebd., S. 48.

36 Für die Hungernden in der Ukraine!, in: *Central-Verein-Zeitung* vom 20.7.1922.

37 Neue Pogrome in der Ukraine, in: *Der Israelit* vom 12.5.1921.

38 Das Martyrium der ukrainischen Juden, in: *Der Israelit* vom 19.5.1921. Spendenaufträge finden sich beispielsweise auch in der *Central-Verein-Zeitung* wie beispielsweise: Für die Hungernden in der Ukraine!, in: *Central-Verein-Zeitung* vom 20.7.1922.

39 Ukrainische Pogromspende u. Pogrom in Belitza, in: *Jüdische Rundschau* vom 14.1.1919.

40 Rettet!, in: *Der Israelit* vom 2.6.1921.

Auffallend ist jedoch, um Zweig wiederum ein Stück näher zu kommen, dass trotz der regelmäßigen Berichterstattung, der deutlich verurteilenden Wortwahl und der hohen Frequenz an Spenden- und Hilfsgesuchen kein klarer Handlungsappell in Richtung Grenzöffnung oder Flüchtlingsaufnahme formuliert wird.⁴¹

„Einheitsfront aller Juden“ oder „Vorgehen gegen diese Schädlinge“ – das Scheunenviertelpogrom 1923

Im sogenannten Krisenjahr 1923 kam es am 5. November 1923 in Berlin zu antisemitischen Ausschreitungen gegen die im Scheunenviertel ansässigen osteuropäischen Juden, zu denen der Historiker Ludger Heid festhält: „Das Berliner ‚Scheunenviertel‘ [...] hatte etwas von einem polnischen ‚Stetl‘. Es besaß das Gepräge einer ostjüdischen Enklave im emanzipierten Deutschland.“⁴² Vorausgegangen waren Tumulte unter Erwerbslosen, denen, vor dem Arbeitsamt auf ihre Unterstützungsgelder wartend, mitgeteilt wurde, dass kein Geld mehr herausgegeben werden könne.⁴³ Antisemitische Agitatoren verbreiteten daraufhin Hetzreden, die beinhalteten, die „Galizier“, eines von zahlreichen Synonymen für osteuropäische Juden, hätten planmäßig das Papiergeld aufgekauft und seien für die finanzielle Notlage der Erwerbslosen verantwortlich. Die völkische Hetze wurde zum Katalysator für antisemitisch motivierte Ausschreitungen.⁴⁴

Am 9. November 1921 betitelte die *Jüdische Rundschau* den Tag des Scheunenviertelpogroms als „Schicksalsstunde des Deutschen Judentums“⁴⁵, forderte als Reaktion eine „Einheitsfront aller Juden in Deutschland“⁴⁶ und formulierte in aller Deutlichkeit ein solidarisches Zusammenstehen mit den osteuropäischen Juden:

„Was das Verhalten der deutschen Juden betrifft, so muss mit allem Nachdruck betont werden, daß in dieser Stunde eine Scheidelinie zwischen Ostjuden und deutschen Juden zu ziehen, der Gipfel der nationalen Korruptheit wäre. [...] Montag war

41 Im oben zitierten Artikel (Rettel, in: Der Israelit vom 2.6.1921) ist in diesem Zusammenhang zwar davon die Rede, dass die ukrainischen Juden Aufnahme in Amerika, Kanada oder Palästina finden mögen, von Deutschland als dauerhaftes Aufnahme-land wird jedoch nicht gesprochen. Die Weimarer Republik solle lediglich Hilfen zur „Weiterreise“ stellen, um sie in ihrer „unfreiwillige[n] Wartezeit“ zu unterstützen. Eine Ausnahme sei hierbei die Aufnahme von Waisenkindern aus der Ukraine.

42 Heid: Ostjüdische Kultur, S. 331.

43 Um die Reparationskosten zu decken und den „Ruhrkampf“ gegen die Franzosen zu finanzieren, wurden durch die Regierung verstärkt neue Geldmengen gedruckt und in Umlauf gebracht. Dies führte zu einer Hyperinflation, zur Entwertung von Löhnen wie Einkommen und schließlich zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft.

44 Vgl. Hecht, Cornelia: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik (Historische Forschungsgesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte 62), Bonn 2003, S. 177f. Siehe zudem den Artikel von Linus Maletz in diesem Band.

45 Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums, in: Jüdische Rundschau vom 9.11.1923.

46 Ebd.

*kein ‚Ostjuden‘-Pogrom, sondern ein Judenpogrom. Deutsche Juden, die sich selbst jetzt durch ‚Abrücken‘ retten wollen, werden zum Haß auch noch die Verachtung ernten.*⁴⁷

Zudem griff der Verfasser die Stellungnahme des Naumann'schen Verbands nationaldeutscher Juden auf. Der Verband forderte „alle vaterlandsliebenden Juden auf, bei dem Vorgehen gegen diese Schädlinge in erster Reihe zu stehen“ und bezichtigte „die Goldanleihverkäufer sich in verbrecherischer Weise gegen das Wohl des deutschen Volkes zu vergehen.“⁴⁸ Mit dieser Stellungnahme bewegten sich die nationaldeutschen Juden nicht unfern der im Speziellen gegen osteuropäische Juden gerichteten völkischen Hetzreden.⁴⁹ In *Der Israelit* wurden beide Positionen in der Ausgabe vom 15. November 1923 aufgegriffen und sich von beiden aufs Schärfste distanziert: Die nationaljüdische Stellungnahme wurde als „würdelose Feigheit“ betitelt, mit der die „unauf löbliche, am Sinai geknüpfte moralische Solidarität der jüdischen Gemeinschaft [...]“⁵⁰ zu zerreißen drohe. Gleichzeitig wandte sich der Verfasser gegen die in der Jüdischen Rundschau postulierte „Einheitsfront“ und bewegte sich dabei gar nicht so fern von der Aussage Naumanns, die das Erstarken des Antisemitismus in Deutschland maßgeblich an den Zuzug von osteuropäischen Juden koppelte:

*„Grade die jüdische Einheit ist es ja, die man, weil man sie mit dem politischen Macht- und Einheitsstreben der Völker verwechselt am grimmigsten befiehlt und am schnödesten verdächtigt. Es soll also wohl der Teufel durch Beelzebub ausgetrieben werden [...]“*⁵¹

Auch von der Bezeichnung „Pogrom“ wurde in dieser Ausgabe Abstand genommen:

„Gewiß, es ist eine Uebertreibung, von einem ‚Judenpogrom‘ zu sprechen und die ukrainischen Schrecken zum Vergleich heranzuziehen, denn die deutsche Volksseele war

47 Wie der Pogrom entstand, in: Jüdische Rundschau vom 9.11.1923. Vgl. hierzu auch Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus, S. 179-181.

48 Die Pogromhetze, in: Jüdische Rundschau vom 9.11.1923.

49 Matthias Hambrock spricht dem Verband nationaldeutscher Juden eine grundsätzliche Distanzierung oder gar Abkehr von innerjüdischen Gruppierungen zu, „die, wie die Ostjuden, nach 1918 im kritischen Licht der Öffentlichkeit standen oder zu einer ernsthaften Konkurrenz geworden waren, wie die erstarkte zionistische Bewegung“ sowie die ideologische Nähe zu konservativen und nationalliberalen Parteien. Hambrock: Die Etablierung der Außenseiter, S. 43.

50 Die Berliner Vorgänge und ihr Echo, in: Der Israelit vom 15.11.1923. Nach dem Alten Testament soll Mose am Berg Sinai die Zehn Gebote erhalten haben, mit deren Erhalt ein Band geknüpft worden sei, welches das jüdische Volk mit Gott und Juden in aller Welt miteinander verbinde.

51 Ebd.

*mit irgendwelcher Intensität an den Niederträchtigkeiten des berufsmäßigen Berliner Verbrechergesindels nicht beteiligt [...].*⁵²

Die *Central-Verein-Zeitung* äußerte sich bedingt durch den Ausfall einer Ausgabe erst ab dem 23. November 1923 zu den antisemitischen Ausschreitungen im Scheunenviertel und deren Auswirkungen. Die Artikel hatten zwar stärker den deskriptiven Charakter einer Presseschau, kommentierten diese jedoch in deutlicher Wortwahl:

*„Aus den Zentren dieser unglücklichen Armen [den Erwerbslosen], die sich von völkischen Hetzern mißbrauchen ließen, wurde der Stoß in das Berliner Ostjudenviertel geführt. [...] Plünderungen, Ausraubungen, Mißhandlungen jagten sich wie in den schlimmsten Zeiten des Mittelalters. Ein unvergesslich beschämender Anblick für jeden, der diese Schmach des Jahrhunderts mit ansehen mußte.“*⁵³

Antisemitische Agitatoren wurden als Täter bezeichnet und die aufgewiegelte Menge zugleich in Schutz genommen, wodurch die *Central-Verein-Zeitung* zwar ein ebenso starkes Ausmaß an Gewalt zeichnete wie beispielsweise die *Jüdische Rundschau*, das antisemitische Motiv jedoch ausschließlich im völkischen Spektrum verortete.

Weshalb überholten die Zeitungsartikel zu den pogromartigen Ausschreitungen im Scheunenviertel in ihrer umfänglichen Berichterstattung und politischen Aussagekraft die Zeitungsartikel zu den Pogromen im osteuropäischen Raum? Eine regelmäßige und umfangreiche Berichterstattung wurde auch bei Letzteren festgestellt, doch ließ sich – jenseits der Spenden- und Hilfesuche – kein Artikel mit solcher Wortgewalt und solch appellierendem Charakter finden. Einen möglichen Erklärungsansatz liefert Shulamit Volkov, die in Bezug auf die Pogrome in Osteuropa ebenfalls von zurückhaltenden Reaktionen spricht, die sich in der Verstärkung der Wohltätigkeit, vorübergehender Unterstützung der Emigranten durch Gemeinden und zentrale Einrichtungen zeigten.⁵⁴ Die Pogrome in den Nachbarländern seien als „Überbleibsel mittelalterlicher Vorurteile“⁵⁵ und „Rückstand aus der Vergangenheit“⁵⁶ wahrgenommen worden, das Erstarken des Antisemitismus im eigenen Land zwar eingehend vernommen, die Dimensionen der potentiellen Gewalt jedoch nicht erkannt worden.

52 Ebd.

53 Dunkle Tage. Schwere Ausschreitungen in Berlin und im Reiche, in: *Central-Verein-Zeitung* vom 23.11.1923.

54 Vgl. Volkov, Shulamit: Antisemitismus als Problem jüdisch-nationalen Denkens, in: *Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*. Zehn Essays, hrsg. v. Shulamit Volkov, München 1990, S. 88-110; 95.

55 Ebd.

56 Ebd., S. 96.

Der oben zitierte Ausschnitt aus *Der Israelit* schien in Bezug auf das Scheunenviertel pogrom noch immer eben dieses Bild zu zeichnen, denn von dem Begriff „Pogrom“ wurde Abstand genommen.⁵⁷ Die *Jüdische Rundschau* hingegen unternahm den Versuch, einer potentiellen Bagatellisierung und Lokalisierung im ostjüdischen Milieu entgegenzuwirken, indem sie festhielt, es habe sich um ein „Judenpogrom“, kein „Ostjuden-Pogrom“ gehandelt.⁵⁸ Auch wenn sich zwischen diesen beiden Zeitungen deutliche Unterschiede feststellen lassen, mag die Ausführlichkeit der Artikel dafür sprechen, dass in der deutsch-jüdischen Presse die Erkenntnis gereift war, die antisemitischen Gewaltexzesse nicht mehr nur im Osten Europas, sondern bereits im eigenen Land verorten zu müssen.

Eine Zäsur in der Presseberichterstattung mag auch der Mord an Walter Rathenau im Sommer des Vorjahres 1922 darstellen. Als Kulminationspunkt antisemitischer Hetze wurde der politische Mord in der *Central-Verein-Zeitung* und in der *Jüdischen Rundschau* stark rezipiert.⁵⁹ Insbesondere die *Jüdische Rundschau* stilisierte den Mord an Rathenau zum Beweis der Unmöglichkeit für Juden in der deutschen Gesellschaft jemals gleichberechtigt akzeptiertes Mitglied zu sein und sprach von einer „Illusion [...], die sich das deutsche Judentum seit einem Jahrhundert gemacht hat und für die es heute zu büßen hat [...]“⁶⁰. Die Rezeption in *Der Israelit* war hingegen zurückhaltend.⁶¹ Die Historikerin Cornelia Hecht stützt und erweitert diese Überlegung um eine weitere Dimension: „Kein Ereignis in der Weimarer Republik hat die deutschen Juden so erschüttert wie die Ermordung Walther Rathenaus. Mit diesem Verbrechen hatte sich für die deutsch-jüdische Presse auf furchtbare Weise die untrennbare Verbindung von Republik- und Judenfeindschaft bewahrheitet.“⁶²

„Judenaustreibung“ und „Existenz vernichtende Maßnahmen“ - Deutsche Ausweisungspolitik

„In der deutschen Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, die gesetzliche Maßnahmen gegen die Ostjuden verlangen. Man behauptet, 70 000 Russen, d.h. Ostjuden, leben allein in Berlin; diese Ostjuden seien Schieber, Schleichhändler, Bolschewisten, oder aber arbeitscheue Elemente. All diese Argumente zielen darauf hin, schärfste Maßnahmen, d.h. Zusammenpferchung in Konzentrationslagern oder Auswanderung

57 Vgl. Die Berliner Vorgänge und ihr Echo, in: *Der Israelit* vom 15.11.1923.

58 Wie der Pogrom entstand, in: *Jüdische Rundschau* vom 9.11.1923. Vgl. auch Hecht: *Deutsche Juden und Antisemitismus*, S. 178.

59 Vgl. Wie klagen an!, in: *Central-Verein-Zeitung* vom 30.6.1922 und Rathenau, in: *Jüdische Rundschau* vom 27.6.1922.

60 Rathenau, in: *Jüdische Rundschau* vom 27.6.1922.

61 Vgl. Walter Rathenau, in: *Der Israelit* vom 29.6.1922.

62 Hecht: *Deutsche Juden und Antisemitismus*, S. 144.

aller Zugewanderten zu erzwingen. Eine so viele Existenzen vernichtende Maßregel darf nicht aufgrund schlagwortmäßiger Behauptungen erfolgen, um so weniger, als eine sachliche Nachprüfung ergibt, daß es sich um demagogische Agitation handelt [...]. Die Austreibung der Ostjuden, welches namenloses Elend zu Folge hätte, würde aller Welt als ein neuer Beweis „deutscher Barbarei“ erscheinen [...].“⁶³

Der maßgeblich als theoretischer Physiker bekannte Albert Einstein fand zum Jahreswechsel am 30. Dezember 1919 als deutscher Jude klare Worte gegen das politische und rechtliche Vorgehen sowie gegen die systematische antisemitische Stereotypisierung gegenüber den aus Osteuropa geflüchteten Juden. Es sind Worte der Richtigstellung, des Anprangerns und des Mahnens, letztlich ein Appell, sich nicht der antisemitischen Hetze hinzugeben, sondern verbreitete „Wahrheiten“ zu hinterfragen und der wieder aufflammenden „Barbarei“ Einhalt zu gebieten. Was Einstein bereits 1919 unmissverständlich benannte, gipfelte spätestens in den Massenausweisungen aus Bayern ab Oktober des „Krisenjahres 1923“. Der bayerische Generalkommissar Gustav von Kahr erließ im Herbst diesen Jahres Bestimmungen, welche die massenhafte Ausweisung von Ausländern legitimierten und in ihrem Tenor den antisemitischen Hetzrednern gekonnt in die Hände spielten. Als Rechtfertigungsgrund zur Ausweisung osteuropäischer Juden wurde beispielsweise angeführt, Juden hätten die sozialistische Räterepublik in Bayern⁶⁴ mit Geldern unterstützt, wodurch gleich zwei gängige antijüdische Stereotypisierungen bedient wurden: Juden als Träger republikfeindlicher Aktivitäten und als wuchernde Finanzmonopolisten.⁶⁵ Letzteres diente auch weiterhin als vorurteilsbehaftetes Argument, das für die Ausweisung herangezogen wurde, indem diese mit einem wirtschaftsschädigenden Verhalten der Einwanderer legitimiert wurde.⁶⁶ Darüber hinaus konnten laut den Verordnungen von Kahrs mit dem Familienoberhaupt auch seine mit ihm lebenden Angehörigen des Landes verwiesen und die Wohnräume beschlagnahmt werden. „Offensichtlich versprach Kahr sich von einer solchen Maßnahme also auch eine Art positiven Nebeneffekt, nämlich eine Entlastung des besorgniserregenden Wohnungsmarkts“⁶⁷, schlussfolgert der Historiker Reiner Pommerin hierzu. Die

63 Einstein, Albert: Die Zuwanderung aus dem Osten, in: Berliner Tageblatt vom 30.12.1919.

64 Im Frühjahr 1919 bestand als Nachwirkung der Novemberrevolution für wenige Wochen die Münchner Räterepublik, die letztlich durch paramilitärische Einheiten niedergeschlagen wurde.

65 Vgl. Heid, Ludger: Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914-1923 (Haskala. Wissenschaftliche Abhandlungen 12), Hildesheim 1995, S. 222. Für weiterführende Informationen zur antisemitischen Stereotypisierung siehe den Artikel von Sebastian Horn in diesem Band.

66 Vgl. Pommerin, Reiner: Die Ausweisungen von „Ostjuden“ aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: VfZ 34 (1986), H. 3, S. 311-340; 315.

67 Ebd.

Massenausweisungen aus Bayern trafen im „Krisenjahr 1923“ in der von Hyperinflation und Wirtschaftskrise gebeutelten Republik den Nerv der Zeiten und untermauerten in ihren Bestimmungen die erstarkenden völkischen Argumentationsmuster und Handlungsappelle gegenüber den osteuropäischen Einwanderern, was zusätzlich dazu führte, dass sich zeitgleich antijüdische Gewaltausschreitungen mehrten.⁶⁸ Eine Stellungnahme der *Jüdischen Rundschau* unterstützt diese Überlegung mit ihrer zeitgenössischen Sichtweise:

„In Berliner Blättern war bereits die Meldung verzeichnet, daß die Ausweisungen der Ostjuden, der eine solche von reichsdeutschen Juden nachfolgen soll, ein Versöhnungsopfer des bayrischen Generalkommissars v. Kabr an den national-sozialistischen Führer Hitler darstelle [...]. Wenn dem so ist, so hätte Herr v. Kabr dem Druck der Straße nachgegeben. Daß er die Ausweisungen trotzdem verfügt hat, kennzeichnet deutlich die augenblickliche innerdeutsche, aber auch die außenpolitische Situation Bayerns.“⁶⁹

Durch das Ausmaß der bayrischen Verweisungen mehrten sich in den jüdisch-deutschen Zeitungen die Stimmen zur Ausweisungspolitik. Die Willkür der Ausweisungspraxis hervorhebend zitierte die *Central-Verein-Zeitung* eine Stellungnahme des Central-Vereins, Landesverband Bayern, Ortsgruppe München: „Die merkwürdigsten Gründe werden angegeben, um das Vorgehen mit einem Schein von Recht zu umkleiden.“⁷⁰ Der Zitation folgte keine eigenständige Stellungnahme der Zeitung selbst, der Schlusssatz des Artikels betonte drüber hinaus jedoch, dass „[d]ie deutliche und mannhafte Klarstellung [...] in allen Punkten unsere eigene Auffassung zu diesen Vorgängen [ausdrückt].“⁷¹ Dies geschah unter der zusätzlichen Offenlegung antisemitischer Motive, die Einstein bereits 1919 als „demagogische Agitation“ anprangerte:

„Wir stehen also vor der Tatsache, daß ein Mann, gegen den bei seiner Schuldlosigkeit und seinen Verdiensten niemals von einer Behörde hätte vorgegangen werden können, nur deshalb ausgewiesen werden soll, weil er Jude ist.“⁷²

Ähnlich hielt *Der Israelit* fest: „Es scheint also die Schmach einer bayrischen Juden-Austreibung Wirklichkeit werden zu sollen. Die nichtigsten Kleinigkeiten werden als ‚Begründung‘ vorgeschoben.“⁷³ Was in dem orthodoxen Presseorgan

68 Vgl. Heid: Maloche – nicht Mildtätigkeit, S. 221.

69 Judenaustreibung aus Bayern. Die Münchener Vorfälle, in: *Jüdische Rundschau* vom 2.11.1923.

70 Central-Verein Landesverband Bayern, Ortsgruppe München: Beschwerde an den Generalstaatskommissar, in: *Central-Verein-Zeitung* vom 2.11.1923.

71 Ebd.

72 Ebd.

73 Die bayrischen Juden-Ausweisungen, in: *Der Israelit* vom 1.11.1923.

noch vorsichtig formuliert sein mag, wurde in der *Jüdischen Rundschau* abermals in deutlichen Worten ausgedrückt. In dem mit „Judenaustreibung aus Bayern“ betitelten Leitartikel, dem die Zeitung mehr als die gesamte Titelseite widmete, wurde von „planmäßigen Judenausweisungen“ gesprochen, in denen sich „der erste und bedeutsamste Erfolg der antisemitischen Bewegung in Deutschland“⁷⁴ manifestierte. Es wurden beispielhafte Schilderungen einzelner Ausweisungsfälle sowie Begründungsschreiben angeführt, welche mit Einwüfen wie „es folgen dann irgendwelche beliebigen Scheingründe“⁷⁵ abermals die Willkür der Ausweisungsakte hervorzuheben versuchen. Darüber hinaus wurde betont, dass es sich bei den Ausgewiesenen nicht nur um sogenannte Ostjuden handele, sondern auch vereinzelt reichsdeutsche Juden betroffen wären.⁷⁶ Schilderungen zur Unmöglichkeit von Betriebsliquidationen binnen der Ausweisungsfrist und damit einhergehendem Vermögensverlust sowie finanzielle Beschlagnahmungen zeichneten das Ausmaß der bayrischen Massenausweisungen und knüpften erneut an Einsteins Worte aus dem Dezember 1919 an, welche ebenfalls die Verelendung der Ausgewiesenen vor Augen führten: „Ein Teil der Ausgewiesenen ist mittellos und besitzt nicht einmal die Uebersiedlungskosten.“⁷⁷

Wieder war es, ähnlich den Stellungnahmen zum sogenannten Scheunenviertelpogrom, die *Jüdische Rundschau*, welche die Dimension des antisemitischen Vorgehens besonders deutlich zum Ausdruck brachte und dem Trugschluss vorzubeugen versuchte, die antijüdischen Maßnahmen und Argumentationsmuster seien allein auf die Gruppe der in Deutschland lebenden osteuropäischen Juden zu beschränken. Doch auch die *Central-Verein-Zeitung* und *Der Israelit* verdeutlichten in ihren Artikeln die umfassenden antisemitischen Motive gegenüber dem gesamten Judentum. Eine mögliche Begründung dieser Diskrepanz zwischen der Berichterstattung zum „Scheunenviertelpogrom“ und den bayrischen Massenausweisungen mag darin liegen, dass der Mittelpunkt der antijüdischen Maßnahmen und Ausschreitungen diesmal jenseits eines vornehmlich von osteuropäischen Juden bewohnten Viertels zu verorten und zugleich Ausdruck eines erstarkenden völkischen Denkens und Handelns war, dessen Zentrum die bayrische Landes-

74 Judenaustreibung aus Bayern. Die Münchener Vorfälle, in: *Jüdische Rundschau* vom 2.11.1923.

75 Judenaustreibung aus Bayern. Bericht über die Ausweisungen, in: *Jüdische Rundschau* vom 2.11.1923.

76 „Die Münchener Behörden scheinen also der Ansicht zu sein, dass auch die reichsdeutschen nichtbayrischen Juden ausgewiesen werden dürfen.“ Ebd.

77 „Die Ausgewiesenen sind wirtschaftlich zugrunde gerichtet, da bei den großen und weit verzweigten Betrieben, die manche besitzen, eine Liquidation innerhalb von 14 Tagen undurchführbar ist. Es kommt hinzu, daß das Finanzamt die Ausgewiesenen als Auswanderer ansieht und zur Sicherung der Steuern für mehrere Jahre hinaus Vermögensbeschlagnahme vorsieht.“ Judenaustreibung aus Bayern. Bericht über die Ausweisungen, in: *Jüdische Rundschau* vom 2.11.1923.

hauptstadt einnahm. Außerdem dürften die Nachrichten über vereinzelte Ausweisungsfälle reichsdeutscher Juden zusätzlich alarmierend gewirkt haben.

„Westjuden“ gegen „Ostjuden“? - Ein Fazit

Die Naumann'sche Schrift des Verbandes nationaldeutscher Juden umreißt in diesem Artikel den rechten Pol im Spektrum jüdischer Meinungsbildung. Trude Maurer attestiert dem Verband zurecht „quantitativ bedeutungslos“⁴⁷⁸ gewesen zu sein, wenn man ihn mit dem Central-Verein oder der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vergleicht. Das Beleuchten der Sichtweisen in der deutsch-jüdischen Presse in ihren verschiedenen Ausprägungen auf Flüchtlingsbewegungen und Antisemitismus und das Zeichnen eines möglichst umfangreichen Meinungsbildes der dadurch repräsentierten deutschen Juden, verlangen auch das Einbeziehen zahlenmäßig kleinerer Gruppen. Ebenso verhält es sich mit der zahlenmäßig unterrepräsentierten Gruppierung des orthodox lebenden Judentums.

Die *Central-Verein-Zeitung* bot sich durch Auflage, Verbreitung und als Zentralorgan des Reformjudentums bei der Auswahl der Presseerzeugnisse an. Zumeist war die Zeitung jedoch Fundort eher deskriptiver Artikel, die trotz Spendensuchen eine distanzierte Position in der „Ostjudenfrage“ einnahmen. Oftmals versammelt die Wochenzeitung lediglich Pressestimmen anderer Blätter statt meinungsbildender oder wertender Artikel.

Als Mitteilungsorgan des Central-Vereins positioniert sich die *Central-Verein-Zeitung* jedoch durch die Anzahl der Artikel und ihrer verurteilenden Wortwahl in Bezug auf die Pogrome in Osteuropa und in Deutschland klar als Abwehrblatt des erstarkenden Antisemitismus. *Der Israelit* setzte hingegen auf eine stark emotionale Berichterstattung, die – im Vergleich mit den anderen Zeitungen in höherem Maße – zu Hilfs- und Spendenaktivitäten aufrufen sollte. Die humanitäre Hilfe erscheint jedoch als Ausdruck des Pflichtbewusstseins zur Einhaltung religiöser Gebote und spiegelt nicht die Intention wider, die Einwanderer als Teil der jüdischen Gemeinde in Deutschland zu integrieren. Wie die Berichterstattung zum „Scheunenviertelpogrom“ deutlich werden lässt, findet in *Der Israelit* keine umfassende Solidarisierung mit den osteuropäischen Juden statt. Es ist die *Jüdische Rundschau*, die diese Idee der übernationalen Solidarität und Einheit zwischen „West“ und „Ost“ im Zusammenhang mit der „Ostjudenfrage“ proklamierte, was wiederum Ausdruck ihrer zionistischen Zielsetzung war. Zudem schien hier am deutlichsten erkannt worden zu sein, dass die antisemitischen

78 Maurer: Entwicklung der jüdischen Minderheit, S. 115.

Kräfte, wie sie im Scheunenviertel tobten, nicht vor den deutschen Juden Halt machen würden.

Die untersuchten jüdischen Zeitungen informierten und sensibilisierten umfassend über die Lage der osteuropäischen Juden im In- und Ausland und boten damit entscheidende meinungsbildende Denkanstöße für ihre Rezipienten. Abgesehen von der Stellungnahme Naumanns erschien die Berichterstattung zu den Pogromen im Osten – wenn auch unterschiedlich begründet – motiviert von der Fürsorge gegenüber den Glaubensbrüdern und -schwestern. Mit der Zunahme antisemitischer Ausschreitungen in der Weimarer Republik mehrten sich jedoch auch Pressestimmen, aus denen die Sorge über die wachsende Anzahl osteuropäischer Juden in Deutschland sprach und damit auch die Sorge um die zukünftige Situation der deutschen Juden.